

**Carola Briese:**

## **"In Frankreich zu bleiben bedeutet ein wenig zu sterben, nach Afrika zurück zu gehen, bedeutet ganz zu sterben"**

**- Ein Gespräch zwischen Jacques Gaillot, dem französischen Bischof von Partenia, und Ralf Fodor, Jurist und Autor in Deutschland, über die andauernde Flüchtlingswelle von Afrika nach Europa und die restriktivere Immigrationsgesetzgebung in Frankreich -**

Spanien und Italien sind immer wieder Ziel von Zehntausenden westafrikanischen Flüchtlingen. Ihre Reise findet meist auf überfüllten Booten statt und obwohl jährlich Tausende von Menschen auf diesem Weg ihr Leben verlieren, ist die Hoffnung auf ein Leben jenseits von Armut und Chancenlosigkeit, Antrieb genug die Heimat zu verlassen.

Im Jahr 2004 sind laut dem Migrationsbericht der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) drei Millionen Menschen legal in die hoch entwickelten Industriestaaten zugewandert. Dagegen ist die Zahl derer ohne Aufenthaltsgenehmigung in keiner offiziellen Statistik enthalten und basiert auf vagen Schätzungen. Es wird deshalb vermutet, dass sich über 5 Millionen so genannte "illegale" Migranten in der EU aufhalten (Deutschland ca. 1 Mio., Spanien zwischen 300 000 und 1.5 Mio., Italien 250 000 und Frankreich 350 000<sup>1</sup>).

Angesichts der hohen Zahl an illegalen Zuwanderern, ist die EU versucht, die "Festung Europa" weiter auszubauen und zu sichern. Somit werden für Libyen und Marokko Helikopter, Nachsichtgeräte und Motorboote finanziert. In den Staaten der EU werden dagegen die Immigrationsgesetze weiter verschärft. Dass eine derartige Politik, die Zahl der "illegalen Migranten" zu senken vermag, wird von Experten bezweifelt. Das Gegenteil, d.h. ein Anstieg der unrechtmäßigen Flüchtlinge könnte die Folge der restriktiveren Immigrationsgesetzgebung sein.

Um die aktuellen Probleme der Zuwanderungs- und Integrationspolitik in Deutschland und in Frankreich zu diskutieren, trafen sich der deutsche Jurist Ralf Fodor, spezialisiert auf Migrationsrecht und der französische Bischof Jacques Gaillot, der sich öffentlich für die sozial und rechtlich Ausgegrenzten der Gesellschaft einsetzt.

### **Selektive Zuwanderung**

Die "illegale" Einreise wird zunehmend zu einem Kernproblem im europäischen Migrationsgeschehen. Das derzeitige Spannungsfeld ergibt sich durch die ausländerrechtlichen Bestimmungen der EU-Staaten und die universalen Menschenrechte, die für alle in Europa lebenden Menschen gelten.

Die in den Einwanderungsländern festgelegten rechtlichen Grundlagen für eine legale Einreise werden immer stärker an die jeweiligen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Interessen gebunden. Im Klartext heißt dies, dass in Frankreich wie schon in Deutschland nur noch hochqualifizierte Fachkräfte eine Chance haben, aufgenommen zu werden.

"Für Afrika führt diese selektive Einwanderung", so Fodor, "zu einem *brain drop*, d.h. dass die gut ausgebildeten Afrikaner ihre Heimat für Europa verlassen, um ihre berufliche Karriere zu gestalten." Afrika ist auf seine Auswanderer angewiesen: Berechnungen der Weltbank beweisen, dass nichtreguläre Migranten 3 Prozent mehr Geld in ihre Herkunftsländer transferieren, als dies durch den Wegfall der Handelsschranken für Produkte aus diesen

---

<sup>1</sup> Die geschätzten Zahlen basieren auf Angaben von Menschenrechtsorganisationen und Kirchen, für Frankreich ergibt sich die Zahl der „illegalen“ Flüchtlinge aus Schätzungen von 1996 der Assemblée Nationale.

Ländern geschehen würde. Für rohstoffarme afrikanische Länder wie Benin oder Guinea ist dies oftmals die einzige Möglichkeit an Devisen zu kommen.

Dieser Auffassung ist auch der französische Bischof. "Die Höhe der Zahlungen der Entwicklungshilfe ist zu gering", so Jacques Gaillot. In Frankreich wie auch in anderen Ländern der EU liegt diese teilweise unter 1 % des Bruttoinlandsproduktes. Nach Gaillot "bringe es eindeutig mehr vom Finanztransfer, wenn der nicht reguläre Migrant aus Paris pro Monat 20-50 Euro im Monat nach Hause in den Senegal übersendet. Davon kann eine Familie einen ganzen Monat überleben."

Derweil wird Das Netz der europäischen Behörden immer engmaschiger. Nach dem EU-Präsidentschaftsprogramm der Innenminister, welches im Zeitraum von Januar 2007 bis zum Dezember 2008 umgesetzt werden soll, ist das Hauptaugenmerk auf Grenzsicherung und polizeiliche Zusammenarbeit gelegt. Um die "illegale" Einwanderung erfolgreich zu bekämpfen wurde das Schengener Informationssystem SIS II ausgebaut, wie auch Europol, Frontex sowie das europäische Visuminformationssystem (VIS), wodurch nun auch biometrische Merkmale der Antragsteller festgehalten werden können.

Humanitäre Gründe und Asylverfahren (von Kriegsflüchtlingen, Kindersoldaten oder Existenzsuchenden) haben zunehmend weniger Chancen auf Anerkennung. "Die Aussichten auf eine positive Bescheidung werden immer weniger wahrscheinlich", so Fodor. "Das Ziel der europäischen Immigrationspolitik wäre damit nicht erreicht, es könnte sogar sein, dass das Gegenteil eintritt; ein Anstieg der illegalen Flüchtlingszahlen."

## **Legalisierung und Integration**

Die rechtliche Situation für irreguläre Einwanderer in Deutschland sieht theoretisch eine Behandlung im Krankheitsfall, eine angemessene Entlohnung sowie das Recht auf Bildung für die so genannten "Menschen ohne Papiere" vor. "Dennoch können diese Rechte nur unter Schwierigkeit wahrgenommen werden", weiß Ralf Fodor, "da, nach Anzeige durch öffentliche Stellen, Haft und Abschiebung für die Irregulären droht bzw. Helfer bestraft wurden, wenn sie Hilfe zum rechtswidrigen Aufenthalt leisteten."

In Frankreich war die Situation bis zum Inkrafttreten des Hortefeux Gesetzes im Herbst 2007 deutlich liberaler: Kinder von "Illegalen" konnten ohne Probleme die Schule besuchen und eine Gesundheitsbehandlung war ohne Aufdeckung der Identität problemlos möglich. Nach 10 Jahren illegalem Aufenthalt in Frankreich war sogar eine Regularisierung erreichbar. Dies ist jetzt nach Art. 12 des neuen Gesetzes nur noch möglich, wenn dem Sans-Papiers eine Einstellungszusage seitens eines französischen Arbeitgebers in einer Branche oder einer Region vorliegt, in denen es schwierig ist, Arbeitskräfte zu finden, die sich bereits legal auf dem französischen Arbeitsmarkt befinden.

Das neue Gesetz des französischen Ministers Hortefeux (Minister für Immigration, Integration und nationale Identität) ist eine Fortsetzung der harten Linie in der Ausländerpolitik des ehemaligen Innenministers und aktuellen Präsidenten Sarkozy. In erster Linie soll der Familiennachzug zugunsten einer ausgewählten Immigration ("immigration choisie") von Wirtschaftsfachleuten weichen, die bis dato bei der gesamten Zuwanderung nach Frankreich nur einen Prozentsatz von 7% ausmacht und angeblich auf 50% angehoben werden soll. Es wird ein Mindestgehalt von 1300,-€ festgelegt für die in Frankreich ansässige Person, die einen neu zuziehenden Ausländer aufnehmen möchte. Der Ausländer soll auf seine republikanischen Wertvorstellungen geprüft werden. Auch DNA Tests sind zulässig. Ausweisungen stehen seit dem auf der Tagesordnung und immer mehr Familien werden zerrissen.

Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen in Frankreich laufen Sturm gegen diese "selektive" Einwanderung, die lediglich an den Bedürfnissen des Aufnahmelandes ausgerichtet ist. Jacques Gaillot ist ebenfalls gegen eine "immigration jetable" (übersetzt "Wegwerfeinwanderung", d.h. ein sich verfestigender Aufenthaltsstatus, der zu jeden Zeitpunkt beendet werden kann). Dies betrifft etwa Familien, die unter Umständen bereits seit 20 Jahren im "illegalen" Aufenthalt leben und deren Kinder in dieser neuen Heimat aufgewachsen sind.

Immigration müsse sich nach der Auffassung des Bischof "auch nach humanitären Kriterien ausrichten und darf im Rahmen einer immer mehr globalisierten Gesellschaft nicht nur selektiv auf die besten Einwanderer ausgerichtet sein."

Bleiben Armut und Chancenlosigkeit weiterhin ungelöst in den afrikanischen Ländern, dann bleibt Europa weiterhin der Ort der Hoffnung. Gaillot berichtet, von afrikanische Illegalen, die einst zu ihm sagten: "In Frankreich zu bleiben, bedeutet ein wenig zu sterben, nach Afrika zurück zu gehen, bedeutet ganz zu sterben." Er weist darauf hin, dass unsere Gesellschaft "Illegale" benötigt. Die Tatsache, dass der europäische Arbeitsmarkt illegale Arbeitskräfte auf dem Bau, im Hotelgewerbe, in der Landwirtschaft, im sozialen Bereich sowie im tertiären Sektor beschäftigt, da sie weniger "kostenintensiv" sind, zeige die Abhängigkeit von Seiten Europas.

Auch der europäische Verbraucher profitiert davon. In Spanien sind die irregulären afrikanischen Einwanderer als Erntehelfer im Einsatz. Sie sind es, die die billigen Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse garantieren. In diesem Jahr sollen auf den Plantagen zum ersten Mal verheiratete marokkanische Frauen, die mindestens ein junges Kind in Marokko haben müssen, zum Ernteeinsatz kommen. Spanien rühmt sich mit dieser Art von Saisonarbeit "ein vorbildliches Beispiel für eine moderne Migration in Europa zu sein".

Die von Spanien und Italien regelmäßig vorgenommenen Legalisierungen von mehreren hunderttausend Flüchtlingen seien nach Meinung von Gaillot keine probate Lösung, um das Problem der "illegalen" Migration in Griff zu bekommen, da sie lediglich auf zusätzliche Einnahmen aus der Sozialversicherung zielen. Gaillot: "Um das Problem der "illegalen" Einwanderung zu lösen, sind komplexe und langfristige Lösungen notwendig." Auf dem im letzten Jahr stattgefundenen Migrationsgipfel in Rabat (Marokko) zwischen 27 afrikanischen und 30 europäischen Staaten sind bereits erste Ansätze präsentiert worden. So hieß es, dass Afrika und Europa zukünftig bei der kontrollierten Einwanderung stärker miteinander kooperieren werden. Die europäischen Staaten versprechen außerdem, die Entwicklungshilfe für Afrika auszubauen, indem sich für eine Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort und eine Erleichterung des Geldtransfers eingesetzt wird.

Potsdam im Januar 2008

---

Die Autorin Carola Briese ist z.Zt. Studentin der Anglistik/Amerikanistik und der französischen Philologie in Potsdam.

Ralf Fodor ist Jurist und Autor von: Jörg Alt/ Ralf Fodor „Rechtlos? Menschen ohne Papiere“, von Loeper Literaturverlag, 2001

Jacques Gaillot, katholischer Bischof, lebt in Paris und engagiert sich u.a. für die sans papiers. Er veröffentlicht regelmäßig auf seiner Website [www.partenia.com](http://www.partenia.com)